

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
15 / 2008

Konflikte auf Dauer?

Rechtsradikalismus, Integrations-,
Europa- und Nahostpolitik

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

V&R unipress

Islam in der (Selbst-)Kritik – Chancen für einen zukunftsfähigen Glauben der Muslime in Deutschland und Europa?

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 24. April 2007

<i>Seyran Ateş</i>	Rechtsanwältin und Autorin, Berlin
<i>Aydan Özoguz</i>	Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
<i>Rabeya Müller</i>	Institut für Interreligiöse Pädagogik und Didaktik, Köln
<i>Dr. Daniela De Ridder</i>	Universität Osnabrück, Gesprächsleitung

Daniela De Ridder: Vieles von dem, was aktuell in der bundesdeutschen Politik diskutiert wird, etwa die Notwendigkeit von Online-Durchsuchungen oder der Verwendung biometrischer Daten zur Personenidentifizierung, ist offenbar u.a. darin begründet, dass man in Deutschland vor Männern und Frauen muslimischen Glaubens Angst zu haben scheint. *Ernst Uhlrau*, der Chef des Bundesnachrichtendienstes, wurde kürzlich im *SPIEGEL* wie folgt zitiert: »Deutschland ist Teil eines gemeinsamen Gefahrenraumes in Europa. Der islamistische Terror ist als transnationales Netz ausgelegt. Er kann grundsätzlich überall und jederzeit zuschlagen, auch und gegen Deutschland.« Müssen wir uns also vor islamistischen Übergriffen schützen? Müssen wir deshalb einer entsprechenden Verschärfung der Gesetzgebung zustimmen?

Seyran Ateş ist selbst 1984 und zuletzt 2006 Ziel eines lebensgefährlichen Angriffs eines muslimischen Täters geworden. Sie hat erfahren müssen, was es bedeutet, sich für muslimische Frauen einzusetzen, die durch eine Scheidung ihre Ehe beenden wollen. Frau Ateş erklärte nach dem letzten Übergriff, ihre Arbeit als Rechtsanwältin aufgrund der Gefährdun-

gen nicht länger fortsetzen zu können, und gab ihre Zulassung zurück. Daraufhin gab es zahlreiche positive Reaktionen, insbesondere von Verbänden und einzelnen Frauen, die Ihre Arbeit sehr unterstützt haben.

Sie, Frau Ateş, werden zitiert mit einer brisanten Äußerung: Sie sagten, Sie wollen nicht die »deutsche Ayaan Hirsi Ali sein«. Von ihr wissen wir, dass sie in den Niederlanden Morddrohungen und ganz erheblicher Verfolgung ausgesetzt war. Sie verließ das Land in Richtung USA – sicher kein Modell, das Sie befürworten möchten. Ich darf Sie als Erste um Ihren Beitrag bitten.

Seyran Ateş: Bei dem, wofür ich mich einsetze, geht es mir nicht um Polarisierung, sondern darum, Brücken zu bauen. Ich arbeite zurzeit nicht als Rechtsanwältin, habe aber meine Zulassung erneut beantragt, obwohl meine Arbeit als Anwältin wirklich lebensgefährlich geworden ist. Ich bin seinerzeit nicht Ziel ›islamischer Gewalt‹ geworden, sondern Ziel eines sehr extremistischen islamischen Attentäters. Das möchte ich unterscheiden, denn es ist nicht so, dass ich einen Kampf gegen den Islam führe. Das ist überhaupt nicht mein Interesse. Ich bin Feministin, ich bin Frauenrechtlerin, ich bin Menschenrechtlerin und habe deshalb einen ganz besonderen Blick auf die Situation von Frauen in der Gesellschaft, aber auch in der Religion. Als Anwältin habe ich immer einen Blick darauf, wo einer Frau das Recht genommen wird oder das Recht zugesprochen wird, sofern sie nicht in der Lage ist, es sich selbst zu nehmen. Dabei bin ich durchaus auch ›Religionskritikerin‹, denn ich finde es richtig, Religion zu kritisieren. Religionskritik existiert, seit es Religionen gibt. Warum sollten wir da plötzlich in der Gegenwart Religion nicht mehr kritisieren dürfen? Ich kritisiere durchaus alle Religionen, wenn sie – gerade im Hinblick auf die Menschenrechte und Frauenrechte – unserem Grundgesetz, dem ich mich als Juristin sehr verbunden fühle, widersprechen. Daher wäre es falsch, in meiner Person nur die Islamkritikerin zu sehen. Ich kritisiere eher patriarchalische Strukturen, die in Religion ihren Ausdruck finden können. Ich würde es befürworten, innerhalb des Islam – innerhalb der islamischen Gemeinde oder der muslimischen Lebenswelt, welchen Begriff auch immer man verwenden möchte – gemeinsam Lösungen zu finden. Man kann im Grunde nicht von ›dem Islam‹ sprechen, von ›der islamischen Gemeinde‹; der Islam ist ja nicht Kennzeichen einer homogenen Gruppe. Dementsprechend schwer ist es, in Deutschland, europaweit oder weltweit *einen* Sprecher, einen Ansprechpartner, zu finden, wenn es um die Kritik am Islam oder um Selbstkritik im Islam geht. Ich kritisiere vor allem den extremistisch ausgelegten Islam, so wie ich es auch in allen anderen Religionen kritisiere, wenn Menschen extremistisch werden und sich das Recht he-

rausnehmen, über das Leben oder Nichtleben anderer Menschen zu entscheiden.

Kritik und Selbstkritik sind schwierige Dinge, die jeder Einzelne für sich lernen muss. Dabei gibt es durchaus kulturelle Unterschiede. Wenn wir hier Differenzen aufzeigen, so heißt das nicht, die Menschen aus der islamischen Welt könnten überhaupt nicht selbstkritisch sein oder sie könnten keine Kritik ertragen. Ich selbst gehöre zu den säkularen Muslimen, die durchaus Kritik ertragen. Ich habe in Deutschland gelernt, mit Kritik umzugehen. Ich kam 1969 im Alter von 6 Jahren nach Berlin, bin dort

groß geworden, wurde von der deutschen Frauenbewegung und der deutschen Friedensbewegung politisiert. Die Deutschen sind also für meinen politischen Werdegang verantwortlich und auch dafür, dass ich mich als Frauenrechtlerin jetzt besonders um die Interessen muslimischer Frauen kümmere. Ich habe mich als Studentin an vielen Demonstrationen beteiligt, war als AKW-Gegnerin in Gor-



Seyran Ateş

leben und habe Demokratie und Meinungsfreiheit von ihrer besten Seite erleben dürfen. Dies alles bringt mich dazu, den Islam, die islamische Kultur, die türkischen, kurdischen Migrantinnen und Migranten, zu ermuntern, selbstkritisch mit sich umzugehen, Kritik zu ertragen und darüber zu diskutieren.

In vielen, oft polarisierenden Diskussionen werde ich gefragt: Warum kritisiert ihr immer nur den Islam? Was ist denn mit dem Christentum, mit dem Judentum? – Sicherlich gab und gibt es auch in diesen Religionen sehr vieles zu kritisieren. Gerade als Frauenrechtlerinnen wissen wir das sehr wohl; wir wissen, dass 1976 das erste autonome Frauenhaus in Berlin für *deutsche* Frauen eingerichtet wurde, nicht für muslimische Frauen. Wir

wissen, dass häusliche Gewalt in deutschen Familien und weltweit überall existiert, nicht nur im Islam. Und wir wissen, dass 1977 in Salzgitter auch das zweite Frauenhaus, das kürzlich sein 30-jähriges Bestehen feierte, nicht für muslimische Frauen eingerichtet wurde. Dass heute zunehmend auch muslimische Frauen diese Frauenhäuser in Anspruch nehmen, hat viel mit der zeitverschobenen Entwicklung innerhalb der *community* zu tun. Den Blick für diese zeitverschobene Entwicklung zu schärfen, darum geht es mir: Schaut, das machen jetzt diese Menschen genauso durch, wie wir zuvor. Wir könnten sie doch darin begleiten! Das ist das, was ich mir wünsche. Deutsche haben mich auf meinem Weg begleitet, als politischer Mensch, als Demokratin in diesem Land erwachsen zu werden, und diese Chance wünsche ich mir auch für viele andere Menschen gerade aus der muslimischen Welt.

Mit dem Titel einer Ballade des Dichters *Johann Wilhelm Ludwig Gleim* möchte ich an eine Situation erinnern, die zu seinen Lebzeiten im 18. Jahrhundert herrschte. Er lautet:

»Traurige und betübte Folgen der schändlichen Eifersucht, wie auch Heilsamer Unterricht, dass Eltern, die ihre Kinder lieben, sie zu keiner Heyrath zwingen, sondern ihnen ihren freyen Willen lassen sollen; enthalten in der Geschichte Herrn Isaac Veltens, – Sie merken, es geht um Zwangsheirat –, der sich am 11. Aprill 1756 zu Berlin eigenhändig umgebracht, nachdem er seine treue Ehegattin Marianne und derselben unschuldigen Liebhaber jämmerlich ermordet.

Seit der Aufklärung wurde sehr viel Religionskritik geübt, und vieles hat sich enorm weiterentwickelt. Heute kann Deutschland auf sein demokratisches Miteinander durchaus stolz sein. Wenn wir aktuell über Zwangsheirat sprechen und den Blick auf den Islam bzw. auf viele Menschen richten, die aus der islamischen Welt kommen – aber nicht nur von dort –, dann heißt das nicht, dass wir ausblenden oder verleugnen, dass es in anderen Religionen und Kulturen ähnliche Probleme gab und gibt.

Daniela De Ridder: Frau Ateş wird u.a. mit den Worten zitiert, ›Multikulti‹ bedeute die »organisierte Verantwortungslosigkeit«. Sie, Frau Özoguz, sind studierte Anglistin und Personalwirtschaftlerin und befassen sich seit sechs Jahren als Abgeordnete in der Hamburger Bürgerschaft mit Themen wie Soziales, Inneres, Jugend, Migration und Zuwanderung. Sie widmen sich beruflich der Frage der Bildung und sehen das vielleicht anders. Sie sagten einmal, dass Sie es für die Nachkommen der Migranten fast beleidigend fänden, wenn immer wieder die Forderung der Integration erhoben

wird. Die Angehörigen der nachfolgenden Generationen der Migranten sind oft in Deutschland geboren, haben nicht selten interessante berufliche Wege erfolgreich beschritten. Wie stehen Sie zu ›Multikulti‹ und was müsste auf der politischen Ebene getan werden, damit insbesondere Frauen nicht in der Weise zu Opfern werden, wie es Frau Ateş geschildert hat?

Aydan Özoguz: Fraglos ist Bildung *der* Dreh- und Angelpunkt für die Integration. Für Migranten ist es wirklich sehr schwer, sich in politischen Parteien einzubringen und durchzusetzen. Als ich selbst in die Politik ging, gehörte ich zunächst keiner Partei an und war als Migrantin mit dem konfrontiert, was diese Gesellschaft in den letzten 40, 50 Jahre entwickelt hat. Dieses Land hat sich in zwei Lebenslügen eingerichtet. Die eine laute: Deutschland ist *kein* Einwanderungsland. Das war bereits unzutreffend für meine Generation, denn die Einwanderung hatte ja *de facto* stattgefunden. Die zweite Lebenslüge hieß »Multikulti«, und mit diesem Begriff verband sich die Annahme, Integration vollziehe sich schon irgendwie ganz von allein, und ebenso wird sich alles möglicherweise Problematische von selbst regeln. Bei näherem Hinsehen zeigt sich die Unhaltbarkeit der einen wie der anderen Position. Zweifellos *ist* Deutschland ein Zuwanderungsland. Schließlich wurde in den 1960er und 1970er Jahren regelrecht für die Einwanderung geworben, wenn auch nicht unter diesem Namen. Man nahm an, die angeworbenen Arbeitskräfte würden irgendwann wieder in ihre Heimat zurückkehren. Auch die Menschen, die nach Deutschland kamen, dachten, sie würden irgendwann wieder gehen. Aber die Dinge entwickelten sich im Laufe der Jahre anders. Viele Faktoren spielten dabei eine Rolle, auch manche deutsche Arbeitgeber, die es für keine gute Idee hielten, ihre Mitarbeiter nach fünf Jahren wieder zu verabschieden. Warum sollte man die gut eingearbeiteten und angelernten Arbeitnehmer zurückschicken? Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte man realisieren müssen, dass die Einwanderer im Land bleiben. Und man hätte sich fragen müssen, was sie an Kultur ins Land mitgebracht hatten.

In unserer Diskussion geht es nun speziell um den Islam. In einer einschlägigen *Bundestagsdrucksache* werden allein 25 Länder aufgeführt, aus denen die aktuell in Deutschland lebenden Muslime stammen. Man wird daher kaum von *einer* Kultur dieser Migranten sprechen können. Fast alle Menschen haben auch verschiedene politische Erfahrungen mitgebracht, die bei ihnen verwurzelt und sehr häufig eng mit ihrer Religion verbunden sind. Es ist nicht immer leicht, zu unterscheiden, was Religion und was Kultur ist, beides gehört eng zusammen.

Und sogar bei Menschen, die aus dem gleichen Land kommen – z.B. aus dem Iran – gibt es eine große Heterogenität, denn diese Menschen haben gegenüber der Religion ganz unterschiedliche Ansichten, was be-

kanntlich in Deutschland nicht weniger der Fall ist. Die Menschen, die in den 1960er und 1970er Jahren aus dem Iran kamen, bauten in Hamburg eine riesige Moschee. Es waren wohlhabende Kaufleute, die diese Moschee gründeten, die die späteren Entwicklungen im Iran unter *Chomeini* durchaus kritisch sahen und auch nicht die besten Freunde derer sind, die heute als Flüchtlinge aus dem Iran kommen. Ähnlich ist es mit Menschen aus der Türkei. Auch dort findet man Einstellungen, die manchmal fundamental *gegen* eine Religion stehen, manchmal aber fundamentalistisch *für* und vor allem im Rahmen der Religion zu verorten sind.

Die entsprechenden Organisationen entwickelten sich weiter, und manche sind sehr erfolgreich darin, die zweite Generation an sich zu binden, einfach mit ihnen zu sprechen oder sie gar zu begeistern. Tatsache ist, dass die meisten Menschen, die einen islamischen Hintergrund haben, in keiner Organisation Mitglied sind, denn das sieht die islamische Lehre als solche auch gar nicht vor. Wenn jemand irgendwo Mitglied wird, dann weil er oder sie politisch etwas bewegen möchte. Das muss nicht gleich Fundamentalismus oder Extremismus bedeuten. Es gibt auch Menschen, die sagen: Ich lebe in einer Gesellschaft, in der Werte immer bedeutungsloser werden – das ist doch uns allen nicht fremd –, und die dann sagen: Das ist jetzt *mein* Weg, ich möchte ein frommes Leben führen. Im Verlauf der aktuellen Debatten um die Frage, wie wir mit den Extremisten umgehen, werden Menschen, die sagen: Ich möchte ein religiöses Leben führen, ich möchte ein friedlicher Mensch sein, aber *mit* meiner Religion, immer weniger wahrgenommen. Das ist problematisch, denn wir brauchen ja das Gespräch mit allen. Wir brauchen gerade diejenigen, die gute Vorbilder sind und sagen: Wir gehen dagegen vor, wenn ein Vater sein Kind zwangsweise verheiraten möchte. Da bringt es doch häufig viel, wenn es einen Imam an der Moschee gibt, der aufpasst, dass das *nicht* passiert, und gegebenenfalls mit den Eltern spricht. Das hat nach meiner Erfahrung häufig viel mehr Einfluss, als wenn in der deutschen Presse die Zwangsheirat kritisiert wird. Deswegen brauchen wir diese Akteure, und wir müssen da ein wenig zusammenarbeiten.

Die PISA-Untersuchungen haben sehr deutlich gemacht, dass Kinder von Migranten bei gleicher Begabung in Deutschland schlechtere Chancen haben als Kinder aus deutschen Haushalten. Für die Kinder, die oft schon mit zehn Jahren in die Sonderschule oder Hauptschule geschickt werden und dann gesagt bekommen, dass sie eigentlich die Verlierer in dieser Gesellschaft sind, bieten sich damit keine Perspektiven. Solche Bildungsverlierer sind häufig gerade männliche Jugendliche. Junge Frauen schaffen es weit eher, bessere Abschlüsse zu erzielen. Untersucht man aber einmal, welche Männer sich junge Ehefrauen aus dem Heimatland ihrer Familie holen, so erfährt man – diese Erfahrung habe ich in Hamburg gemacht –,

dass es häufig die jungen Männer ohne Schulabschluss sind, die den leichten Weg in die alte Heimat gehen, sich im Dorf unter den Mädchen umschauen und dabei den Eindruck erwecken, sie hätten in Deutschland ein gutes Leben anzubieten.

Geht es bei der Frage nach dem Islam tatsächlich um die Religion des Einzelnen? In die Reihe der Politiker, die strengere Gesetze durchsetzen wollen, gehört auch *Otto Schily*. Der hatte seine Gesetzesentwürfe längst fertig und war damit gescheitert. Nach dem 11. September war es dann kein Problem, diese Gesetzesvorhaben durchzubringen. Wir orientieren uns immer stark an den USA – ich schließe mich da ein – und finden manches dort extrem. Aber wenn es dort heißt, die Schutzmaßnahmen müssten verschärft werden, dann frage ich mich, wogegen sich diese Maßnahmen richten. Wovon schützen wir uns da? Lässt sich das benennen? Auch unsere Sicherheitsorgane waren sehr hilflos, wussten nicht genau, was zu tun sei. So erhielten

manche Islamwissenschaftler nach dem 11. September Anstellungen in Sicherheitsbehörden. Das sind richtige Schritte, um bestimmen zu können, womit man sich näher beschäftigen müsste, nämlich weniger mit der Religion als vielmehr mit dem Fanatismus. Wir müssen dahin kommen, nicht die Freiheit sehr grundsätzlich einzuschränken aus einer bloß diffusen Angst heraus. Ich



Aydan Özoguz

kämpfe dafür, dass insbesondere muslimische Frauen das Recht haben, so zu leben, wie sie wollen; dass sie das Recht haben, zu heiraten, wen sie wollen; dass sie das Recht haben, ein Kopftuch zu tragen, und dass sie das Recht haben, dieses *nicht* zu tragen. Interessanterweise betreffen derartige Verbote grundsätzlich immer die Frauen. Ich möchte auch da für mehr Nachdenklichkeit werben und dafür, näher hinzuschauen, wer die Betrof-

fenen sind, und ob wir immer mit allem, was wir da machen, wirklich sicherer leben.

Daniela De Ridder: Frau Müller, ist der Blick auf den Islam und damit auf Muslime und Muslimas von anderen Überlegungen verstellt? Haben wir ein falsches Bild von den Menschen, die dem Islam nahestehen? Sind es tatsächlich die Frauen, die besonders leiden? Und wie stehen Sie zu der These von der Radikalisierung des Islam?

Rabeya Müller: Ob die Konflikte grundsätzlich auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werden, vermag ich nicht zu sagen. Ich würde dies einer patriarchalischen Strömung zuordnen, die es auf islamischer Seite ebenso gibt wie auf nichtmuslimischer Seite. Dieses Patriarchat wird leider oft auch von Frauen selbst vertreten. Diese Fronten verlaufen quer durch die Religionen. Ein Beispiel: Als ich einem protestantischen Theologieprofessor von meiner Arbeit im Frauenzentrum und der Annäherung der muslimischen Frauen an die feministische Theologie erzählte, war seine lakonische Antwort: »Jetzt fangen die auch noch damit an.«

Zu unserem Thema möchte ich zunächst zwei grundlegende Fragen behandeln: Was tun Religionen – und hier der Islam – eigentlich dafür, eine Kultur der gegenseitigen bzw. wechselseitigen Anerkennung zu stiften? Welche kreative Kraft haben sie, um ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kultur und Herkunft zu ermöglichen?

Entsprechend unserer Verfassung gilt auch für Musliminnen und Muslime zunächst, dass ihre Religion Privatsache ist. Aber wie wir schon gehört haben, organisiert sich Religion in Gemeinschaften, und damit wird sie Bestandteil des öffentlichen und des politischen Lebens. Es ist insofern von ganz besonderer Relevanz, Religion nicht für Konfliktfragen zu benutzen, die ganz andere Hintergründe haben. Häufig scheint es, als ob z.B. die ›Kopftuchfrage‹ ein Stellvertreterkampf ist, der – im wahrsten Sinne des Wortes – auf dem Kopf muslimischer Frauen ausgetragen wird. Die muslimischen Gemeinschaften tun wenig dafür, diesen Druck auf die Frauen zu mindern. Stattdessen üben sie selbst noch einen gewissen Druck aus, indem so getan wird, als sei eine Muslima mit Kopftuch die bessere Gläubige. Ich schließe mich daher vorbehaltlos der Forderung an, dass Frauen sich frei entscheiden können müssen, ob sie es tragen wollen oder nicht. Vor allem aber würde ich Männern das Recht absprechen, sich dazu überhaupt zu äußern, denn sie tragen es ja schließlich nicht.

Friedens- und Kritikfähigkeit bedingen meines Erachtens einander. Frieden ohne Kritik ist für mich wie ein Stillhalteabkommen, das eine Zeitbombe darstellt, die irgendwann explodieren kann. Kritikfähigkeit und damit Friedensfähigkeit müssen von innen her entwickelt werden. Kritik-

fähigkeit beinhaltet aber nicht nur, Kritik zuzulassen, also sie sich anzuhören, sondern Kritik auch in adäquater Form zu üben. Das gilt übrigens auch für die jeweils andere Seite. Wichtig ist – jetzt komme ich zur muslimischen Seite –, dass nicht immer oberflächlich darauf hingewiesen wird: »Islam heißt Frieden«, und dann so getan wird, als seien Musliminnen und Muslime schon *per se* wesentlich friedensfähiger und damit kritikfähiger.

Ich möchte drei Stufen der Friedens- und damit auch der Kritikfähigkeit unterscheiden, die in den Reihen der muslimischen Gemeinschaften dringender Förderung bedürfen.

Zum einen: das *Friedenmachen mit sich selbst*. Damit ist ein selbstkritisches Abklären der Frage gemeint, wie *tragfähig* die eigene Glaubensvorstellung für einen selbst ist und wie *tragbar* für andere. Es geht um das Vermögen, die eigene Deutung islamischer Inhalte immer wieder in Frage zu stellen. Ich spreche hier nicht vom koranischen Text, sondern von der eigenen Deutung. Jede Übersetzung ist zugleich eine Deutung. Zur Deutung gehört auch, Instrumentarien für Ausnahmemöglichkeiten zu kennen und anwenden zu können, etwa zu dem koranischen Glaubensgrundsatz »Es gibt keinen Zwang in der Religion«. Oft vergessen Musliminnen und Muslime, dass das auch für die eigene Binnengesellschaft gilt und sich nicht nur auf Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften bezieht. Wichtig ist auch zu wissen, dass der Koran von sich sagt, dass er nicht herabgesandt worden ist, um es den Menschen schwer zu machen, sondern um ihnen das Leben zu erleichtern. Darum sollten wir auch im Umgang miteinander lernen und kritikfähiger werden, statt es anderen schwer zu machen.

Die zweite Ebene ist das *Friedenmachen mit der eigenen muslimischen Gemeinschaft*. Es gilt, erst einmal innerislamische Kritik zuzulassen und Andersdenkenden nicht das Muslimsein abzusprechen. Zu häufig wird immer das unschöne Wort *kafir*, Ungläubiger, benutzt, obwohl der Koran lehrt, niemanden, der einem freundlich begegnet, so zu nennen. Dieses *Friedenmachen* heißt aber auch, Unrecht als solches zu benennen und zu bekämpfen, denn, so sagt der Koran: »Es gibt kein Zusammenhalten im Falschen.«

Schließlich bedarf es des *Friedenmachens in der nichtmuslimischen Gemeinschaft*. Das bedeutet die Anerkennung des Anderen auf der Ebene der Geschöpflichkeit, die Gleichstellung aller Menschen vor Gott und dem Gesetz, ferner, die Kritik des Anderen ernst zu nehmen und auch zu lernen, Kritik gezielt auf Missstände zu lenken und nicht zu pauschalisieren. Das halte ich für sehr wichtig, weil es auch bedeutet, den fortgesetzten Chauvinismus, den ich besonders als Frau in bestimmten islamischen Gruppierungen sehe, zu unterlassen. Chauvinismus macht sich in vielen Gruppierungen breit, und meist werden dagegen nur Lippenbekenntnisse ab-

gegeben. Die Gemeinschaften müssten sich verpflichtet sehen, dass das, was sie sagen, in ihrer Gemeinschaft umgesetzt wird. Auch dazu fordert ein koranisches Wort auf: »Warum tut ihr nicht, was ihr sagt?«

Diese Kriterien sind auch für die nichtmuslimische Gesellschaft anspruchsvolle Anforderungen. Fordert man von Muslimen und Musliminnen, kritikfähig und damit friedensfähig zu sein, dann muss man bereit sein, solche Gruppierungen anzuerkennen, die friedens- und kritikfähig sind. Ich denke dabei nicht an so genannte »Islamkritiker« oder selbsternannte »Expertinnen« oder »Experten«, die auf einer populistischen Welle schwimmen und die Ursache allen Übels immer im Islam selbst oder im Koran sehen. Ebenso wenig denke ich an die etablierten Gruppierungen, die glauben, sich in einer entsprechenden Art äußern zu sollen in der Öffentlichkeit, und in die eigene Gesellschaft hinein nichts davon umsetzen. Es ist wichtig, dass die nichtmuslimische Gesellschaft diese Gruppierungen differenzieren kann und damit auch diejenigen fördert, die tatsächlich für Kritikfähigkeit und für Friedensfähigkeit stehen. Es erfordert ungeheuren Mut – und ich weiß, wovon ich spreche –, innerislamisch-theologisch die Deutungshoheit nicht allein den Männern zu überlassen. Das heißt, auch eigene Interpretationen anzustreben und zu versuchen, diese koranischen Deutungen in der Praxis umzusetzen und dem Extremismus damit theologisch den Boden zu entziehen.

Ein Beispiel: In dem Frauenzentrum, in dem ich mitarbeite, haben wir eine gemeinschaftliche Initiative gegen Zwangsverheiratung begonnen. Dabei haben wir nicht nur von der rechtlich-demokratischen Seite aus zu erklären versucht, dass Zwangsverheiratung ein Verbrechen ist, sondern dies auch theologisch zu begründen. Wir wollten damit denjenigen, die meinen, an dieser Praxis festhalten zu können, zu verstehen geben, dass sie sich zu Unrecht für gute Muslime halten. Vor solcher Kritik wird der Mann, aber auch die Frau, von allen Seiten abgeschirmt. Manche fürchten um den Erhalt der Machtposition, ihre traditionelle Lebensart und Vorstellungen durchsetzen zu können. Andere machen sich nach außen hin liberale Vorstellungen zu eigen, während sie in der Binnengesellschaft weiter traditionelle Positionen vertreten. In beiden Fällen würden eigene Positionen gefährdet, wenn der Kritik nachgegeben würde. Für beide Seiten gilt: Der Profilgewinn darf nicht auf *Kosten* anderer gehen, sondern er sollte in *Gegenwart* der anderen geschehen. Identitätsbildung sollte mit Offenheit, d.h. auch mit einer Offenheit zur Selbstkritik, gepaart sein, und diese Selbstkritik müssen beide Seiten aufbauen.

Wir müssen uns Selbstkritik aber auch gegenseitig erlauben. Auch Muslime und Musliminnen haben Angst vor Terroranschlägen. Wir sitzen im gleichen Boot. Wenn wir in der Lage wären, ein Motto zu entwickeln wie »keine Kritik ohne Selbstkritik«, und dies für alle Seiten gelten ließen,

dann hätte Religion in der richtigen Bahn durchaus eine Zukunft, und sie kann sich gerade unter dem Dach eines demokratischen, säkularen Staates so entwickeln, dass sie zu einer Bereicherung auch für die Anhänger und Anhängerinnen der jeweiligen Religionen werden kann.

Daniela De Ridder: Wem nützt denn das Feindbild Islam? Wer profitiert davon?

Rabeya Müller: Zunächst die Leute, die davon leben, die ihre Arbeitsplätze sichern, weil sie sagen, sie müssen auf die Muslime aufpassen. Aber es ist auch ein Riesenaufmacher für die Medien. In Köln, wo ich lebe, trifft man auf sehr viele positive Beispiele einer Zusammenarbeit von Muslimen und Nichtmuslimen. Den größten Bekanntheitsgrad erlangte aber der so genannte ›Kalif von Köln‹, der die kleinste Gruppe anführte.

Das Feindbild Islam nützt auch bestimmten politischen Richtungen bei der Durchsetzung einschlägiger ›Sicherheitspakete‹. Wir sollten aufpassen, dass Bürgerinnen und Bürger, die in Deutschland nach Ende des Zweiten Weltkriegs lange um ihre Existenz gekämpft haben, uns nicht abhandeln kommen, nur weil wir glauben, Sicherheit gewährleisten zu können, wenn wir sie loswerden. Eine völlige Sicherheit wird es nicht geben. Mehr Sicherheit ist zu gewinnen, wenn die innerislamischen liberalen Strömungen gefördert werden, die eine Generation heranwachsen lassen, die in der Lage ist, selbst dem Extremismus standzuhalten.

Daniela De Ridder: Frau Ateş, wie viel Frieden kann man mit sich selber machen, wenn man solchen Gefahren ausgesetzt ist wie Sie beim Einsatz insbesondere für Frauen? Anders gefragt: Findet die Radikalisierung vielleicht in der religiösen Enklave des Glaubens statt? Hat dies damit zu tun, dass vor allem die überwiegend männlichen Bildungsverlierer zur Radikalisierung neigen?

Seyran Ateş: Die letztere Annahme trifft nicht zu. Wir wissen, dass Extremismus nicht ein Ergebnis von Bildungsferne bzw. sozialer Armut ist. Im Gegenteil: Menschen, die zu Extremismus neigen, verfügen durchaus über einen hohen Grad an formaler Bildung, und sie agieren häufig auch in akademischen Arbeitsbereichen. Das politische Konzept der Extremisten besteht auch darin, Gesellschaften zu unterwandern und bestimmte Strukturen von innen her auszuhöhlen. Dies ist ebenfalls die Strategie religiös-fanaticher Gruppierungen, u.a. von islamistischen Gruppen, die sich in Deutschland radikalieren. Die Angst der Menschen vor Radikalismus und auch Terrorismus aus islamistischer Richtung ist keineswegs abwegig. Es wäre naiv, so zu tun, als ob hier keine Gefahr existierte. Islam und

Terrorismus sind zwar nicht identisch, dass sich aber eine gewisse Angst in der Gesellschaft verbreitet, ist nachvollziehbar. Die Menschen erleben es im Alltag, dass die Zahl der Kopftuchtragenden zunimmt, auch den Tschador sieht man häufiger, die Frauen werden verhüllt. Sind das nun Kennzeichen für einen Weg in Richtung Extremismus oder nicht? Wer die Innenseite der religiös-fanatischen Gruppierungen nicht kennt, bekommt es mit der Angst zu tun. Ich unterstütze, was Rabeya Müller sagte: Gerade wenn Männer sich für das Kopftuch starkmachen, ist das ein Grund zur Skepsis hinsichtlich der Vorstellungen dieser Männer in Bezug auf Frauen. Letztendlich ist es der Islam der Männer, der uns Frauen hier aufgedrückt werden soll.

Bildung ist zweifellos ein sehr wichtiger Aspekt der Integration, aber dem Extremismus können wir nicht nur mit Bildungsangeboten begegnen. Nein, wir müssen Strukturen bekämpfen, die Extremismus begünstigen und begründen. Dabei ist die Kritik- oder Selbstkritikfähigkeit der Verbände für mich ein sehr wichtiger Aspekt. Manche Verbände besitzen z.B. die Arroganz, öffentlich kundzutun, Frauen wie ich seien keine Muslime, und zu kritisieren, dass ich bei der Islamkonferenz als Teilnehmerin eingeladen war, denn ich sei doch Frauenrechtlerin und hätte mich vom Islam verabschiedet, sei also keine Muslimin. Scheinbar ist schon innerislamisch nicht die Fähigkeit vorhanden, Frieden mit den anderen Muslimen zu schließen. Ich kann sehr wohl Frieden schließen mit anderen muslimischen Menschen, die den Islam anders auslegen, aber sehr viele können mit mir keinen Frieden schließen, weil ich sie wegen ihres Extremismus kritisiere, so wie ich alle anderen Religionen für ihren Extremismus und Frauen unterdrückende Strukturen kritisiere und gegen das Patriarchale in den Religionen Stellung beziehe. Mit gewissen Herren habe ich da meine Probleme, weil *sie* bestimmen wollen, was der Islam ist. Es ist aber durchaus unislamisch, darüber entscheiden zu wollen, wer Muslim ist und wer nicht. Gerade das ist die Spezialität im Islam, dass es um ein ganz privates, intimes Verhältnis zwischen der einzelnen Person und Allah geht. Wenn dies aber das Hauptprinzip des Islam ist, dann können diese Verbände erst recht nicht für mich sprechen. Sie stehen nur für maximal 15% der Muslime, keineswegs also für deren Mehrheit.

Wie friedlich diese Mehrheit der Muslime tatsächlich ist, das ist der nächste Punkt, über den diskutiert werden muss. Aus meiner alltäglichen Arbeit kann ich einen großen Unterschied erkennen, wie die Religionen, wie besonders der Islam im Alltag auf die Gläubigen Einfluss zu nehmen versucht. Bei den sehr frommen Muslimen soll ja jeder Handgriff, jedes Aufstehen und Hinsetzen, jede Bewegung und jede Handlung des Menschen bis ins Bett hinein geregelt werden. Christentum und Judentum

haben dagegen heute nicht mehr diesen starken Einfluss, und hier besteht ein großer Unterschied, meine ich.

Daniela De Ridder: Frau Müller und Frau Özoguz haben betont: Es kann ja durchaus sinnvoll, sinnstiftend sein, ein Regelwerk zu haben, einen Rahmen, in dem man sich bewegen kann.

Seyran Ateş: Der Islam ist nicht so beschaffen, dass er ein Regelwerk für alle Muslime bieten könnte. Gerade im Islam sind viele unterschiedliche Auslegungen möglich. Ein verbindliches Regelwerk lässt sich daraus nicht ableiten. Wir müssen allerdings darauf bestehen, dass der *Chauvinismus* aufhört, ein gewisser Kultur- und Religionschauvinismus, den bestimmte Verbände auch in der Öffentlichkeit zeigen. Wenn diese Herren sich nicht öffentlich zu den wirklich wichtigen Themen wie der Frage der Gleichberechtigung der Frau – nicht nur vor Allah, vor Gott, sondern auch in der Gesellschaft – oder der Frage der Homosexualität kritisch und selbstkritisch äußern, wenn sie sich nicht auch kritisch in ihrer Religionsgemeinschaft zu Fragen der negativen Religionsfreiheit äußern, zur Teilnahme muslimischer Kinder am Schwimm- und Sportunterricht, an Klassenfahrten etc., und auch zu dem in der muslimischen Gemeinschaft bestehenden Antisemitismus, der eine Konsequenz des Rassismus ist, der in dieser Gemeinschaft anzutreffen ist, dann haben wir nicht die Möglichkeit, die Mehrheit der hier lebenden nichtmuslimischen Menschen davon zu überzeugen, dass auch der Islam demokratiefähig ist. Mein Ziel ist es, dass der Islam demokratiefähig wird. Ich bin für Religionsfreiheit. Meine Mutter ist nach Mekka gepilgert, sie trägt ein Kopftuch. Ich habe großen Respekt vor Religion, aber vor friedlicher Religion. Dieses Verständnis ist innerhalb der islamischen Gemeinschaft noch zu wenig verbreitet, so wie die Fähigkeit und vor allem die Bereitschaft zu Kritik, zur Selbstkritik, noch zu wenig verbreitet ist.

Rabeya Müller: Diese Forderung an sich ist m.E. unstrittig, eher schon unterscheiden sich unsere Einschätzungen der Situation. Die muslimischen Verbände haben mittlerweile sehr wohl Verlautbarungen und Positionspapiere veröffentlicht, und sie äußern sich in der Öffentlichkeit. Ein Problem ist, dass wir von der Funktionärssebene überwiegend hehre Worte zu hören bekommen. Deswegen bin ich skeptisch, was die Forderung angeht, »diese Herren« sollen sich zu den angesprochenen Themen äußern. Das werden sie tun; sie schreiben auch wunderbare Papiere dazu. Bis diese hehren Worte aber zur Basis durchgedrungen sind und bis sie umgesetzt werden, wird viel Zeit vergangen sein. Aus diesem Grund ist es wichtig, einen adäquaten islamischen *Religionsunterricht* zu haben, Kinder heran-

zuziehen, die sich eigenständig weiterbilden können. Dazu würden wir selbstverständlich Lehrkräfte brauchen, die dazu in der Lage sind. Darauf richte ich meine Hoffnung, denn dann könnten muslimische Schüler erkennen: Unsere Religion ist in der Schule angekommen. Wir sind also in der Gesellschaft gleichberechtigt. Und jetzt geht es darum, einen lebhaften Islam zu praktizieren, der nicht unbedingt derjenige Islam ist, den die Großeltern praktiziert haben.

Daniela De Ridder: Frau Özoguz, haben die Muslime in ihrer Mehrheit eine ganz andere Sicht ihres Glaubens – auch des Platzes, den er in der Gesellschaft einnimmt –, als die Funktionäre möglicherweise predigen?

Aydan Özoguz: Wie bereits gesagt wurde, repräsentieren die Verbandsvertreter nicht die Masse der Muslime. Aber der muslimische ›Mann auf der Straße‹ ist eben auch schwer zu erreichen. Auf diesen Umstand berufen sich im Übrigen auch die Funktionäre, die nun sagen: Ja, wären die bei uns in der Moschee, dann hätten wir die Probleme nicht.

Probleme bereiten häufig solche Jugendliche oder junge Männer, die nirgendwo mehr hingehen, die keine Anbindung haben, sondern isoliert leben. Es gibt Ursachen dafür, warum Leute aus diesem Kreis überproportional häufig in den Strafanstalten landen. Für diese Ursachen muss die Gesellschaft politisch ein Stück weit Verantwortung übernehmen, denn wir wissen, dass man vieles anders und besser machen kann. Es gilt also, genau hinzuschauen und bestehende Unterschiede zu berücksichtigen.

Rabeya Müller: Ein Stück Selbstverantwortung sollten auch Musliminnen und Muslime für sich in Anspruch nehmen dürfen. Wenn muslimische Frauen sagen: Für mich ist das Kopftuch ein Symbol meiner Religion, es ist für mich *kein* politisches Symbol, dann hat, wie ich meine, diese muslimische Frau das Recht, das nach ihrem Selbstverständnis zu glauben, und wir sollten ihr dies nicht absprechen und andere Gründe unterstellen.

Publikum: Frau Müller, warum tragen Sie persönlich ein Kopftuch? Was bedeutet es Ihnen?

Rabeya Müller: Ich trage das Kopftuch, weil ich mir nicht verbieten lasse, es zu tragen. Und ich trage es so, wie ich es trage, weil ich mir auch nicht vorschreiben lasse, *wie* ich es zu tragen habe. Ich hoffe, die Antwort ist an dieser Stelle ausreichend.

Publikum: Frau Müller, Sie sagten, Sie wollten den Theologen oder den Fundamentalisten theologisch das Fundament entziehen. Treffen Sie als

Institutsleiterin in islamisch geprägten Ländern auf Kolleginnen, die auf ähnlichem Posten kämpfen wie Sie?

Rabeya Müller: Es gibt eine weltweite Bewegung muslimischer Frauen, die sich auf der Basis der Theologie und mit dem Koran dafür einsetzt, für Frauen etwas zu erreichen. Diese Bewegung ist in Marokko, in Malaysia und in Indonesien,



Rabeya Müller

teilweise auch in Frankreich und in Großbritannien vertreten. Es gibt sie auch in den USA. Wünschenswert ist eine bessere Vernetzung untereinander, denn dann könnten wir viel erreichen. Wir können männlichen Theologen die Stirn bieten und wir können eine starke Bewegung hervorbringen. Das ist für alle Frauenbewegungen – ich denke, das ist keine religionsabhängige Frage – auch häufig eine Frage des Geldes. In Deutschland ist die Unterstützung dafür noch nicht sehr verbreitet. Hier haben die Traditionalisten noch sehr viel Macht, und sie werden – das möchte ich kritisch anmerken – seitens der Administration ständig hofiert. Die Frauenfrage wird auf politischer Ebene viel zu selten gestellt ...

Seyran Ateş: ... ja, und wenn wir dazu eingeladen würden, würden die Traditionalisten kritisieren, dass wir überhaupt gehört werden: »Wie können Sie zu Fragen des Islam Frau Ateş oder Frau *Necla Kelek* anhören?« – Ich mische mich hier ein, denn ich würde das gern ergänzen, was Rabeya Müller gesagt hat: In New York lebt die sehr engagierte Ehefrau eines Imams. Sie ist Muslimin, trägt kein Kopftuch, ist aber sehr gläubig, betet fünfmal am Tag, und sie fastet auch. Als ich sie vor zwei Jahren in New York kennen lernte, fastete sie gerade. Sie ist also im Gegensatz zu mir praktizierende Muslimin. 2006 versammelte sie Musliminnen aus 25 Ländern dieser Erde zu einer Konferenz. Diese Musliminnen laden auch Musliminnen wie mich ein, und wir vernetzen uns. Leider werden Frauen,

die sich des Korans annehmen und ihn interpretieren, mancherorts zusammengeschlagen. So geschehen in Norwegen, wo eine Frauenrechtlerin öffentlich aufforderte: Frauen, interpretiert den Koran, nehmt euch dessen an, und die Männer müssen sich auch mit den Frauenfragen beschäftigen. Dafür, nur dafür ist sie zusammengeschlagen worden!

Publikum: Die Europäer und die deutsche Bevölkerung machen den Fehler zu glauben, man könnte gegenüber dem Islamismus eine Appeasement-Politik betreiben. Man hat nicht verstanden, mit wem man es zu tun hat. Diese Islamisten sind eine Riesengefahr für Europa. Sie passen sich an die Gegebenheiten an, schauen genau, wie die Situation in einem Land ist, und geben dann hier vor, demokratisch zu sein. Daraus leiten sie dann Forderungen ab nach mehr Moscheen, Muezzinruf und Kopftuch überall, aber nicht deshalb, weil sie in diesen Punkten unterdrückt wären. Wenn sie ein Kopftuch aufsetzen wollen, sollen sie ein Kopftuch tragen, das verbietet ja keiner.

Publikum: In allen europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten kursiert der Begriff des »Hasspredigers«. Wie wollen wir da auf das Religiöse Bezug nehmen? Deutsche Behörden sagen: »Dazu können wir nicht Stellung nehmen, weil wir zu wenige Leute haben, die Arabisch oder Türkisch sprechen, wir können das nicht beurteilen«. Man ist hilflos. Dass aus diesen Gremien heraus selbst keine Kritik an den Hasspredigern geübt wird, halte ich für bedenklich.

Publikum: Es hieß, Religionskritik, Selbstkritik, ein lebbarer Islam seien anzustreben. Geht es dabei nur um die Gruppe der hier lebenden Muslime? Viele werden nach ein paar Jahren wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Muss man nicht die genannten Ziele auch dort verfolgen?

Rabeya Müller: Bei einer Reise in die Türkei, bei der ich eine theologische Fakultät in Ankara besuchte, konnte ich feststellen, dass z.B. dort theologisch ein ganz anderer Wind weht. Man spricht von einer theologischen »Ankaraer Schule«. Meine Frage, warum die dortigen modernen Positionen nicht auch in die türkischen Organisationen in Deutschland übertragen werden, beantwortete einer der Professoren mit dem Hinweis, dass in Deutschland sehr rückständige Kräfte den Ton in den Gemeinden angeben. Die Türkei ist theologisch gesehen ein gutes Stück weiter entwickelt, als es die islamischen Organisationen bei uns sind. Natürlich würde ich mir wünschen, dass bestimmte Prozesse einer Modernisierung sich auch in den Heimatländern der Migranten niederschlagen sollten. Auch von Euro-

pa könnte damit eine Bewegung ausgehen, die einen Einfluss auf die so genannte islamische Welt anstreben würde.

Aydan Özoguz: Es ist nicht überraschend, dass es so ist, wie es ist, denn aus der Türkei ist ja nicht das Bildungsbürgertum zu uns gekommen, sondern Menschen, die entweder die Schule gar nicht oder nur kurze Zeit besucht haben. Das war nicht wichtig, denn es zählte nur ihre Arbeitskraft. Die Menschen wurden daraufhin begutachtet, ob sie arbeiten können, ob sie kräftig sind, ob sie gesund sind. Heute wundert man sich, dass von ihren Kindern nur so wenige in die höheren Ränge des deutschen Bildungssystems aufsteigen konnten. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass und warum es nicht so einfach ist, solche negativen Vorbedingungen zu überwinden.

Heute wird in der Türkei über die Türken in Deutschland manchmal sehr abfällig gesprochen. Es gibt bei Betrieben und Institutionen in der Türkei den Vorbehalt, diese Türken in Deutschland seien wenig qualifiziert, sie beherrschten die türkische Sprache nicht richtig und hätten auch sonst wenig zu bieten. Führt man sich vor Augen, wie es den Menschen geht, die in die Türkei fahren und ihren Familien von großen Erfolgen hier berichten, die sie nie gehabt haben, und von großen Dingen erzählen, die nicht wahr sind, dann ist das sehr tragisch und traurig. Das ist aber ein Teil unserer Wirklichkeit.

Die Aufgabe, den türkischen Menschen in Deutschland eine religiöse Betreuung anzubieten, übernahmen anfangs die Konsulate der Türkei. Sie wurden gebeten, geeignete Leute zu holen, die die religiöse Betreuung leisten konnten. Diese Leute standen im Rang eines Attaché für Religionsfragen oder Ähnliches. Später entstand dann eine Organisationen wie die DITIB, die eine Auslandsvertretung des Amtes für religiöse Angelegenheiten in der Türkei ist und deren Vertreter heute an der Islamkonferenz von Innenminister *Schäuble* teilnehmen. Das macht es einerseits leicht, denn man darf von ihnen eine wirkungsvolle Kontrolle potentieller extremistischer Bestrebungen erwarten. Andererseits entspricht es nicht dem Prinzip der Religionsfreiheit, wenn diese Organisation einen Alleinvertretungsanspruch für alle Muslime türkischer Herkunft beansprucht und z.B. die Freitagsgebete vorgibt.

Solche Widersprüche müssen überwunden werden. Wie kann das gelingen? Wir brauchen endlich die theologische, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Islam hier in unserem Land. Wir brauchen Menschen, die gebildet und ausgebildet werden, auch in theologischen Fragen bezüglich des Islam. Wir stecken noch in den Kinderschuhen, wenn es um islamische Theologie an deutschen Universitäten geht. Alle sprechen jetzt über die Notwendigkeit eines islamischen Religionsunterrichts. Wir fangen

aber gerade erst mit der Ausbildung islamischer Religionslehrer an. Es wird also noch eine Weile dauern, bis dieser Bedarf gedeckt werden kann. Aber das Problem ist endlich erkannt, und wir müssen jetzt ein bisschen beschleunigen, um weiterzukommen.

Seyran Ateş: Es gibt in Deutschland leider auch weiterhin islamistische Hassprediger. Selbstverständlich gilt das nicht für jeden muslimischen Prediger. Dass es auch Menschen gibt, die wirklich nur Frieden und Religion predigen, ist nicht zu bezweifeln, aber dennoch meine ich, dass bei den ungefähr 2.600 Moscheen, die es in diesem Land gibt, durchaus die Mehrheit nicht unbedingt integrationskompatibel ist. Die Mahnung, den Islamismus nicht zu unterschätzen, unterstütze ich sehr. Die bisherige Unterschätzung hat dazu geführt, dass wir wachsende Gemeinschaften mit diesem Extremismus in diesem Land haben, weil der ›Multikulti-Wahn den Verzicht auf ein genaues Hinsehen, eine kritische Auseinandersetzung mit sich gebracht hat und mithin auch kein Anlass zur Selbstkritik gegeben war. Dabei üben auch die Herkunftskulturen ihren Einfluss aus: Religion bedingt hier Kultur, und Kultur bedingt Religion. Man kann nicht einfach sagen: Dieses oder jenes hat nichts mit der Religion zu tun, das ist kulturbedingt. Nein, beides spielt ineinander hinein.

Publikum: Mein Eindruck ist, dass das Thema ›Frauen im Islam‹ in der Öffentlichkeit missbraucht wird. Ehrenmorde gab es auch schon von 20 Jahren, die Frauenhäuser wissen davon, von Zwangsverheiratungen erfahren wir schon vor 25 oder 30 Jahren. Auf einmal aber ist das Thema aktuell. In unserer Gesellschaft findet auch Zwangsprostitution statt.

Es gibt m.E. kein wirkliches Interesse, für Frauen etwas zu tun, obgleich diese Themen gleichzeitig in aller Munde sind. Als Feministin weiß ich nicht, ob ich mich darüber freuen soll oder ob es mir übel aufstößt. Dies wird jetzt dazu missbraucht, bestimmte Sicherheitsgesetze durchzusetzen, die zu anderer Zeit viel mehr Proteste hervorgerufen hätten.

Publikum: Frau Ateş sagte, die muslimisch geprägten Gesellschaften seien auf ihrem Weg zur Demokratie. Aber wird damit auch eine Trennung von Religion und Politik, eine ›Privatisierung‹ der Religion, verbunden sein können? Vermutlich ist das im Islam nicht möglich?

Publikum: Als Lehrerin an einer Berufsschule mache ich gute Erfahrungen mit unserem gemeinsamen Religionsunterricht für Muslime, Hindus sowie katholische und evangelische Christen. Ich würde es bedauern, wenn wir wieder den getrennten Religionsunterricht bekämen, denn in unserem Unterricht haben wir die Chance, miteinander über gesellschaftliche Fra-

gen zu reden wie zum Beispiel: Wie ist es mit der Homosexualität? Was sagen die verschiedenen Religionsgemeinschaften dazu? Es wäre schade, wenn uns das wieder genommen würde. Aber wir bräuchten für unsere Jugendlichen viel mehr Orte, wo sie ins Gespräch kommen können.

Seyran Ateş: Mit dem gemeinsamen Religionsunterricht wäre ich sehr einverstanden. Als Schülerin hörte ich evangelischen und katholischen Religionsunterricht und war dankbar dafür, dieses Wissen an einer deutschen Schule erwerben zu können. Schön wäre es gewesen, wenn ich auch über den Islam in der Schule etwas erfahren hätte. Ich finde, sehr wenige kennen ihre Religion, praktizieren meiner Ansicht nach gar nicht ihre Religion, sondern irgendetwas anderes, teilweise etwas Politisches. Ich wünsche für meine Tochter, dass sie alle Religionen kennen lernt und sich dann später entscheiden kann, was sie praktizieren möchte.

Ich stimme der These zu, dass Frauenthemen missbraucht werden. Ich sage Ihnen aber ganz offen als Frauenrechtlerin: Ich bin dankbar, dass das Thema ›Zwangsheirat‹, das ich bereits 1983 versucht habe, in Frauensammenhängen zu thematisieren, jetzt aufgegriffen wird und ich mich als Juristin dafür einsetzen kann, dass ein neuer Straftatbestand der Zwangsverheiratung im Gesetz verankert wird. Dafür gibt es gute Argumente, und wenn das wahrgenommen wird und eine breitere Öffentlichkeit davon Kenntnis nimmt, bin ich dankbar. Gleichzeitig werde ich gegen eine Instrumentalisierung der Frauen kämpfen. Ich werde nicht helfen, die Türen dafür zu öffnen, um Menschen auszuweisen oder Menschen nicht nach Deutschland hereinzulassen. Wir *sind* eine multikulturelle Gesellschaft, wir gehen in die transkulturelle Gesellschaft. Dafür setze ich mich ein, auch wenn einige Leute meine Kritik missbrauchen wollen.

Rabeya Müller: Ich möchte mich dagegen verwahren, alle Muslime und Musliminnen unter Generalverdacht zu stellen. Dieses begegnet uns leider im Moment ständig. Ich denke, auch die meisten Musliminnen und Muslime in diesem Staat sind gegen Islamismus. Hier zu differenzieren, ist notwendig, um die Muslime und Musliminnen gegenüber dem Extremismus in den eigenen Reihen kritikfähig zu machen. Andernfalls ruft man nur eine apologetische Grundhaltung hervor, von der aus alles verteidigt und jegliche Kritik abgewehrt wird.

In Bezug auf den gemeinsamen Religionsunterricht möchte ich als Leiterin des Kölner Instituts für Interreligiöse Pädagogik und Didaktik Folgendes zu bedenken geben: Das Vermögen einer interreligiösen Kommunikation setzt die Entdeckung und die Kenntnis der eigenen Religion voraus. Es sollte z.B. nicht nur der Koran mit Stellen über Frauen aus der Bibel oder aus der Thora abgeglichen werden. Wichtig wäre es vielmehr, musli-

mischen Kindern zu zeigen, dass es ganz unterschiedliche Koranübersetzungen geben kann. Ich würde mir wünschen, dass muslimische Kinder ein bestimmtes Grundwissen erwerben, das ihnen hilft, mit ihrer Verunsicherung umzugehen und diskussionsfähiger zu werden. Bevor sie nicht selbst dahin kommen, dass sie aufhören zu denken: Alles was wir haben, ist sowieso das Beste – und das ist dann nur das Traditionelle und gar nicht das theologisch Richtige –, halte ich einen gemeinsamen Religionsunterricht nicht für wünschenswert.

Die Trennung von Staat und Religion ist eine logische Schlussfolgerung, wenn man in Deutschland lebt. Man kann sich in Bezug auf den Islam mit dieser Frage auf eine adäquate Weise auseinandersetzen und feststellen, dass der Koran durchaus mit dem Grundgesetz übereinstimmen kann. Das muss auch den Kindern vermittelt werden, um Unsicherheit zu vermeiden.

Aydan Özoguz: In Deutschland leben wir in einem säkularen, nicht in einem laizistischen Staat, wie es Frankreich oder – formell – die Türkei sind. Das bedeutet auch eine Herausforderung. Wir praktizieren eben keine strikte Trennung von Religion und Staat, sondern diskutieren z.B. die Frage: Wo zeigt sich Religion bzw. deren Institutionen im öffentlichen Leben bei uns? Wenn dann neue Religionen ins Land kommen, wäre konsequenterweise zu fragen: Welche Rolle spielen sie aktuell und zukünftig? Dieser Prozess läuft. Hamburg hat als letztes Bundesland im Jahr 2005 Staatskirchenverträge mit den christlichen Kirchen geschlossen. Nun erkundigen sich auch andere Religionsgemeinschaften nach ihrem Status bzw. nach ihrer Anerkennung durch die staatlichen Institutionen. Dieser Diskussion wird sich auch die Bundesregierung stellen müssen.

Zur Frage nach der Gestaltung des Religionsunterrichts möchte ich auf das Hamburger Modell hinweisen, wobei es fraglich ist, ob es dabei bleiben kann. Es heißt »Religionsunterricht für alle«, und dabei geht es nicht um religiöse Unterweisung, sondern darum, dass alle Kinder, die daran teilnehmen – denn man kann zwischen Religion und Ethik oder Philosophie wählen –, etwas über *mehrere* Religionen erfahren. In diesem Unterricht lernen Kinder die Grundlagen nicht nur ihrer eigenen, sondern auch anderer Religionen kennen, und zwar gemeinsam mit anderen Kindern.

Grundgesetzlich geregelt ist das Recht jeder anerkannten Religionsgemeinschaft, eigenen Religionsunterricht durchführen zu dürfen. Ich würde aber dafür plädieren, gerade an den Schulen die Auseinandersetzung über unterschiedliche Weltanschauungen zu führen. Ob religiös, nicht religiös oder auf welche Weise religiös man sein Leben führt und was mit den Religionen verbunden ist, sind Fragen, denen wir als Erwachsene oft nur noch wenig Aufmerksamkeit schenken. Wir sollten sie an den Schulen behandeln, dort gehören sie hin.

Daniela De Ridder: Wir müssen – das war vielen Beiträgen zu entnehmen – mit den Lebenslügen aufräumen und Plattformen und Foren für Dialog und Austausch schaffen. Eine dieser Plattformen könnte der interreligiöse Religionsunterricht sein, der sich allen Religionen widmet und Aufklärung leistet, und zwar Aufklärung auch dahingehend, dass Ängste genommen werden, die gar nicht entstehen müssten, wenn die Verunsicherung auf vielen Seiten nicht so groß wäre. Niemand darf in diesem Dialog andere unter Generalverdacht stellen. Und die Rechte von Frauen dürfen nicht mit Füßen getreten werden, weder hier noch anderswo.